

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 026/2018
Kiel, Donnerstag, 25. Januar 2018

Soziales/Antidiskriminierungsstelle

Dennys Bornhöft: Wir brauchen ein gleichberechtigtes und tolerantes Miteinander

In seiner Rede zu TOP 43 (Tätigkeitsbericht der Antidiskriminierungsstelle des Landes) erklärt der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Zunächst möchte ich stellvertretend für die FDP Frau Samiah El Samadoni und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit danken. Im vorliegenden Bericht zeichnet sich mit Blick auf zahlreiche Beratungsangebote und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit ein engagierter Einsatz ab.

Diskriminierung und Benachteiligung sind leider weiterhin etwas Alltägliches in unserer Gesellschaft und ich denke, dass ein Großteil der Bevölkerung auf unterschiedliche Art und Weise bereits Diskriminierung erlebt hat, aufgrund des Geschlechts, der Weltanschauung, des Aussehens, Alters, sozialer Stellung, sexueller Orientierung – dies ist explizit keine abschließende Aufzählung.

Ein Beispiel, welches mich befremdete, hat ein Freund von mir erfahren, der einen Migrationshintergrund hat. Bei einer Großraumdiscothek hier im Umkreis wurde er von den Türstehern nicht eingelassen, trotz Volljährigkeit. Auf seine Nachfrage, wieso er im Gegensatz zu seinen Freunden nicht hineindarf, bekam er die Antwort „Das weißt du doch sicherlich selbst“. Auch wenn hier die Worte nicht offen ausgesprochen wurden, war klar, dass es um seinen Migrationshintergrund ging.

In den Zahlen der Eingaben, die in den Jahren 2015 und 2016 stark angestiegen sind, spiegelt sich ein größer werdendes Vertrauen der Menschen in die Arbeit dieser Stelle wieder. Benachteiligungen werden häufiger und konsequenter angezeigt. In 464 Fällen konnte die Stelle seit ihrer Einrichtung bereits Hilfe leisten. Es zeugt von einem besonderen Engagement, wenn

man Betroffene durch umfassende Unterstützung dazu ermutigt, Diskriminierungen zu melden und sich helfen zu lassen.

Für die FDP ist der Kampf gegen Diskriminierung ein zentrales Anliegen. Das Recht auf eine vorurteilsfreie Behandlung steht jedem Menschen ungeschehen seiner Herkunft, seiner Hautfarbe, seiner Religion, seiner sexuellen Orientierung, seines Geschlechts oder auch einer etwaigen Behinderung zu. Lediglich die eigenen Taten des Einzelnen sind es, wonach man einen Menschen bewerten sollte. Nicht, was man vermeintlich ist. Das ist der liberale Grundsatz der freiheitlichen Grundordnung, den es zu verteidigen gilt.

Düstere Erinnerungen aus unserer Geschichte führen uns vor Augen, was passiert, wenn kollektive Zuschreibungen, frei vom Einfluss des Einzelnen, als Urteilsgrundlage dienen. Wenn ein Wertesystem entsteht, das sich abseits von jeglichem objektiven Handeln verselbständigt. Ein Gemeinwesen, das größten Vorurteilen auch institutionell entgegentritt, ist mitnichten selbstverständlich.

Selbst in unserem modernen Gemeinwesen sind nicht alle Vorurteile restlos ausgeräumt. Die Antidiskriminierungsstelle ist hier eine Möglichkeit, den Menschen zu helfen. Jedoch kann sie allein das Problem nicht an der Wurzel packen. Eine Herabsetzung von Menschen liegt häufig in individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen begründet. Diese kann jeder im persönlichen Umgang mit seinen Mitmenschen vermeiden. Wir dürfen niemanden für etwas verurteilen, was außerhalb seines Einflusses liegt. Handlungen und Meinungen dürfen nicht beweislos zugeschrieben werden. Wir als FDP setzen uns deshalb für eine klare Begriffsbestimmung des Wortes Diskriminierung ein.

Die steigende Anzahl an Anfragen führt natürlich auch zu einem steigenden Personalbedarf. Diesem haben wir bei der Haushaltsaufstellung bereits Rechnung getragen, damit wir die politische, aber auch die gesellschaftliche Arbeit gegen Diskriminierung verbessern können.“